



Christian Görke
Mitglied des Deutschen Bundestages

Christian Görke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Erste Parlamentarische Geschäftsführerin
der Fraktion der SPD
Frau Katja Mast

Erste Parlamentarische Geschäftsführerin
der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Frau Dr. Irene Mihalic

Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer
der Fraktion der FDP
Herrn Johannes Vogel

Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer
der Fraktion der CDU/CSU
Herrn Thorsten Frei

Nachrichtlich:
Präsidentin des Deutschen Bundestages
Frau Bärbel Bas

Erste Parlamentarische Geschäftsführerin
der Gruppe BSW
Frau Jessica Tatti

Berlin, 15.03.2023

Christian Görke, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Gruppe Die Linke
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: JKH
Raum: 3 840
christian.goerke@bundestag.de
030 / 227 78218

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Verlust des Fraktionsstatus durch den Austritt einiger Abgeordneten hat für Die Linke erhebliche Nachteile im parlamentarischen Betrieb, insbesondere in den Fällen, in denen bestimmte Rechte nach GO-BT und der Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht unzweifelhaft lediglich Fraktionen vorbehalten sind. Allerdings gehen die Einschränkungen im Beschluss zur Anerkennung der Gruppe Die Linke sowie den in der Folge zu beschließenden Detailvereinbarungen weit über die bisherige Praxis hinaus. Viele der Einschränkungen und kleinlichen Benachteiligungen sind sachlich nicht begründbar und haben für das Parlament insgesamt keinen Nutzen, eher im Gegenteil. Sie zeugen von einem wenig souveränen Umgang der Mehrheitsfraktionen mit der Gruppe Die Linke und schüren den Verdacht, dass es hier nicht um den funktionierenden Parlamentsbetrieb oder um die lebendige Demokratie geht, sondern nur um willkürliche politische Vorteilnahme.



Eine unverhältnismäßige und inhaltlich nicht begründbare Benachteiligung meiner Gruppe besteht beim Aufsetzungsschema für Parlamentarische Initiativen. Der aktuelle Vorschlag sieht keinen für Die Linke zu setzenden Tagesordnungspunkt in der Kernzeit vor, insgesamt wird uns überhaupt nur in zwei von drei Sitzungswochen ein eigener Tagesordnungspunkt zugestanden, der zudem zwischen 20 und 21 Uhr liegt. Würde man die Anteile an den zu vergebenden Tagesordnungspunkten nach dem im Bundestag sonst üblicherweise angewendeten Zählverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers bestimmen, hätte Die Linke den Zugriff auf wöchentlich einen Tagesordnungspunkt. Nach demselben Zählverfahren hätte Die Linke den Zugriff auf einen Kernzeit-TOP alle zwei Sitzungswochen. Das Zählverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers wird im Bundestag angewendet, um die Kräfteverhältnisse der im Bundestag vertretenen Parteien abzubilden, ob in den regulären Plenardebatten, bei der Ausschussbesetzung oder der Repräsentanz in anderen Gremien. Das Aussetzen dieses Prinzips zum Nachteil der Linken ist weder sachlich nachvollziehbar noch demokratisch. Ebenso wenig sachlich begründen lässt sich die Verdrängung von TOPs der Linken auf einen Slot von 20 bis 21 Uhr. Wie bei der Begrenzung von Aktuellen Stunden der Linken auf zwei pro Jahr, geht es hier allein um eine Vorteilnahme der Fraktionen zu Lasten der Linken und der demokratischen Vielfalt im Parlament. Beim Aufsetzungsrecht für Die Linke unter der Voraussetzung des sonst so gut wie nie angewandten § 20 Absatz 4 GO-BT gehen wir davon aus, dass es genauso gehandhabt wird wie zuvor und kurzfristige Aufsetzungswünsche der Linken ebenso berücksichtigt werden wie die der Bundesregierung und der Fraktionen. Ansonsten wäre nicht nur die Reaktion meiner Gruppe auf aktuelle Entwicklungen eingeschränkt, sondern es gäbe auch nicht die Möglichkeit des Beilegens zu von Ihnen kurzfristig auf die Tagesordnung gehobenen Initiativen.

Ich begrüße die Bereitschaft der Ampel mit dem Beschluss des Ältestenrates vom 14. März 2024, die massive Einschränkung unseres Fragerechts einstweilen, bis zum Abschluss des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht, nicht anzuwenden. Noch besser wäre es gewesen, das Organstreitverfahren gänzlich entbehrlich zu machen und diese Regelung, die es in der Vergangenheit für keine Gruppe im Bundestag gegeben hat, gleich komplett zu streichen. Wie schon im Ältestenrat erbeten, möchte ich darum bitten, dass der hierzu avisierte Tagesordnungspunkt in der kommenden Sitzungswoche mit Debatte aufgesetzt wird, da es sich um einen Parlamentssachverhalt von grundsätzlicher politischer Bedeutung handelt.

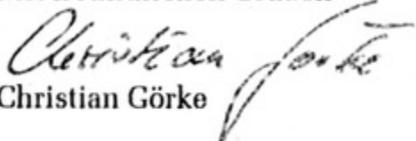


Weniger erfreulich ist die von Ihnen in dieser Woche getroffene Entscheidung, unsere bisherigen Vorsitze in den Parlamentariergruppen allein unter den Fraktionen aufzuteilen und uns als große Gruppe im Bundestag außen vor zu lassen. Auch hier hätte es die Möglichkeit gegeben, die bisherige Verteilung beizubehalten, da die Anwendung des Zählverfahrens bei Beteiligung der Gruppe zu einem gerechten Ergebnis geführt hätte.

Als letzten Punkt führe ich die Sitzordnung im Plenum an. So ist es zwar verständlich, dass nicht jede Gruppe und Fraktion in diesem Bundestag in der ersten Reihe sitzen kann. Dass wir jedoch – als 28 Abgeordnete starke Gruppe – in die siebte Reihe im Plenum gesetzt wurden, nahezu unsichtbar für das Plenum und die Öffentlichkeit, ist nicht in Ordnung, zumal die Plätze ab dieser Reihe nicht mit Tischen ausgestattet sind. Als Erste Parlamentarische Geschäftsführer*innen Ihrer Fraktionen wissen Sie aus dem parlamentarischen Alltag, dass die diensthabenden PGF zur Begleitung einer Sitzung einen Tisch und ein Telefon benötigen. Die Vorsitzenden unserer Gruppe und die Rednerinnen und Redner zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten haben zudem ein Recht, sich auf bevorstehende Reden ordentlich vorbereiten zu können oder sich im Laufe der Debatte vernünftig Notizen machen zu können, um auf Argumente einzugehen. Dass sie das aktuell auf dem Schoß tun müssen, widerspricht der Würde des Parlaments – und des Selbstverständnisses der demokratischen Fraktionen, wenn ich Ihre Argumente zu den Regeln des Umgangs miteinander im Parlament bisher richtig verstanden habe. In diesem Sinne bitte ich die Sitzverteilung so zu ändern, dass mindestens die erste Reihe der Gruppe Die Linke an Tischen platziert ist.

Ich möchte Sie daher bitten, zu einem souveränen Umgang der demokratischen Kräfte im Deutschen Bundestag miteinander zurückzukehren und die Einschränkungen zurückzunehmen, die am Ende nur zu Lasten der Demokratie und des Parlaments gehen.

Mit freundlichen Grüßen


Christian Görke